

Betrieb & Gewerkschaft

Protest bei Kone in Hattingen

Von B.B. / 1. Juni 2005

Knapp 2.000 Menschen demonstrierten am 17. Mai in Hattingen (Ruhr) gegen die weitgehende Schließung der profitablen Rolltreppenfertigung der Firma Kone.

Die finnische Konzernzentrale will 300 Arbeitsplätze in Hattingen, 95 in Bristol/GB und 20 in McKinney/USA durch Verlagerung nach Kunshan/China vernichten, um „bis 2007 wieder ein zweistelliges operatives Ergebnis (EBIT) zu ermöglichen“.

Auf der Kundgebung sprach neben dem stellvertretenden Betriebsratsvorsitzenden, Sprecher der finnischen und italienischen Konebelegschaften und der Kirche auch der Vorsitzende der IG Metall. Peters begann kämpferisch und endete unter Hinweis auf die geleistete Qualitätsarbeit mit der Bitte um Aufträge.

Möglichkeiten und Grenzen der „linken“ IG Metall

Dass überhaupt eine kleine Protestwelle stattfindet, ist auch der IG Metall-Verwaltungsstelle um den „linken“ Bevollmächtigten Otto König zu verdanken. Wenn nicht ein Großteil der 78.000 Einwohner-Innen Hattingens auf den Beinen war, lag das am vergeblichen Kampf gegen die Schließung des Stahlwerks Thyssen Henrichshütte. Von 1987 blieb der fahle Beigeschmack zurück: „Schließung ist mit Protest nicht zu verhindern“.

Schon damals fehlte eine antikapitalistische Perspektive, scheute ein Otto König vor radikalen Aktionsformen wie Betriebsbesetzung und radikalen Forderungen wie Enteignung der Stahlindustrie zurück. Heute kommen die Proteste bei Kone nicht über Appelle an die Politik hinaus. Vor der Landtagswahl in NRW waren Aktionen bei der SPD-Landesregierung in Düsseldorf oder bei Münteferings Domizil im benachbarten Sauerland auch für die „linke“ Hattinger IG Metall tabu.

Aktionspläne

In einem Flugblatt fragte der RSB: „Warum nicht dem sog. ‚Aktionsplan für das Rolltreppengeschäft‘ und dem ‚Aktionsplan für das Aufzugsgeschäft‘, d.h. den Plänen des Kone-Managements zur Produktionsverlagerung, eigene ‚Aktionspläne‘ gegen Arbeitsplatzvernichtung entgegenstellen? Warum nicht Delegationen aus allen betroffenen Betrieben im Ruhrgebiet nach Hattingen einladen und einen gemeinsamen Aktionsplan gegen den Abbau von Arbeitsplätzen ausarbeiten? Warum nicht mit den Kolleg-Innen in den Kone-Werken in Großbritannien, USA, Finnland und China Kontakt aufnehmen und gemeinsame Aktionen planen? Solche ‚Aktionspläne‘ will die SPD natürlich nicht. Und ob sie der IG Metall-Vorsitzende Peters will, der gerade unter den glänzendsten Bedingungen bei Stahl mit offiziell 3,5% (real nur 2,5 %!) Lohnerhöhung abschloss, wagen wir zu bezweifeln.“

Dieser Beitrag wurde publiziert am Mittwoch den 1. Juni 2005

in der Kategorie: **Betrieb & Gewerkschaft, RSB4.**